



Niedersächsischer
Landkreistag

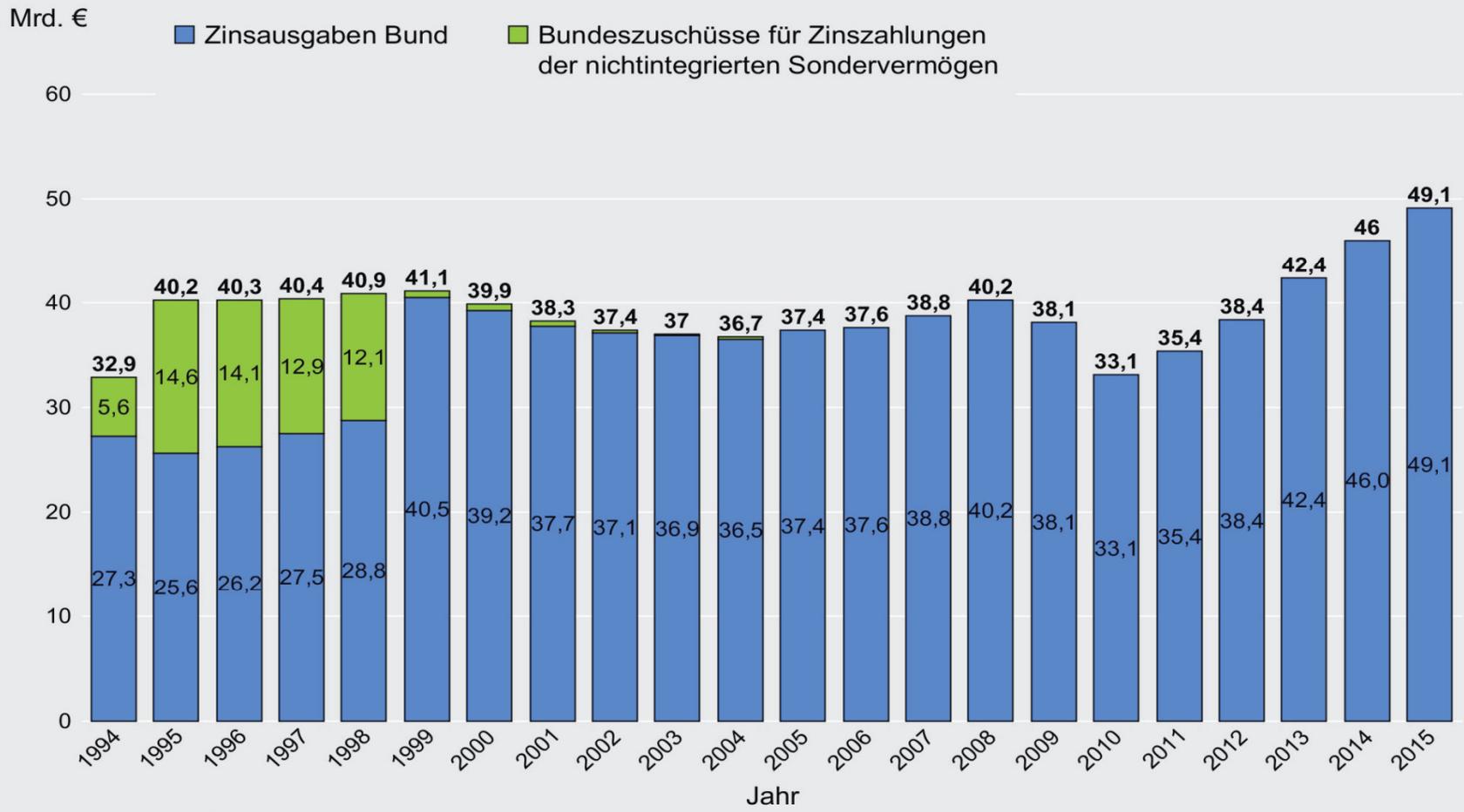
Klamme Kommunen in der Klemme

Öffentliche Daseinsvorsorge der Kommunen unter dem Spardiktat

Beigeordneter Herbert Freese
Berlin, 15. November 2011
Schöneberger Forum

Schaubild 8

Entwicklung der Zinslasten des Bundes 1994 bis 2015



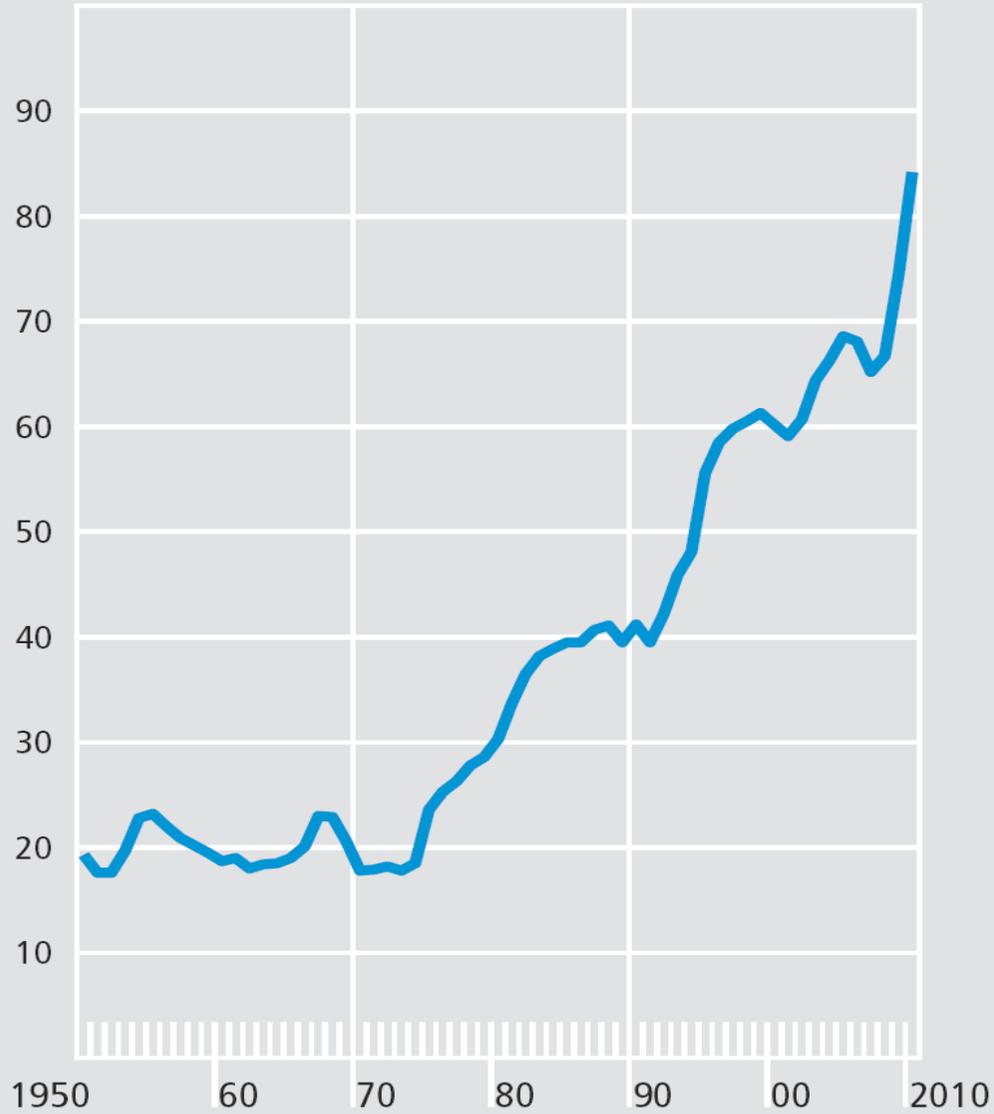
ohne Sondervermögen mit Kreditermächtigung

Thesen I:

I. Schulden sind unsozial!

Staatliche Verschuldung^{*)}

in % des BIP



*) Quelle: Deutsche
Bundesbank,
Monatsbericht
Oktober 2011

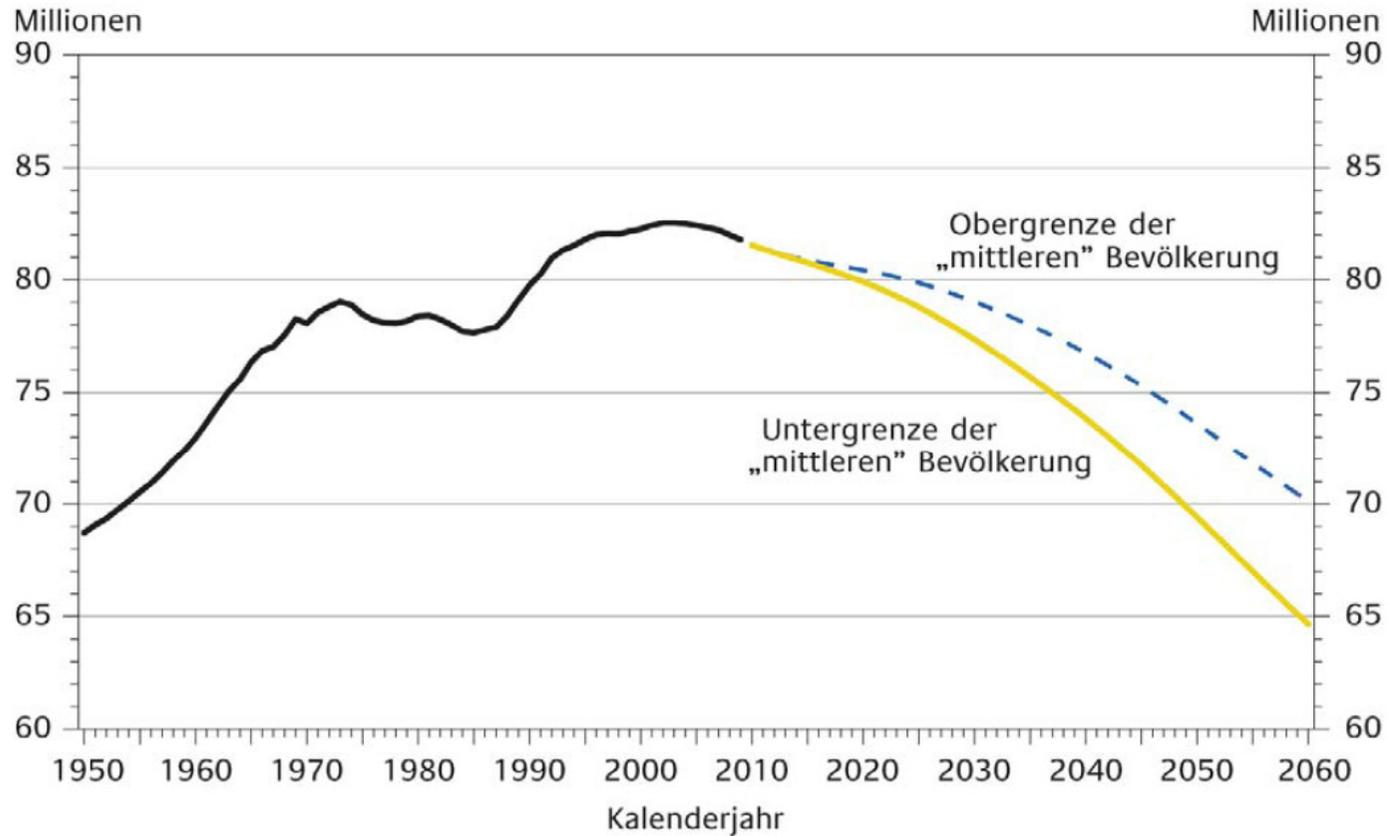
Thesen I:

- I. Schulden sind unsozial!
- II. Übermäßige Verschuldung führt in den Staatsbankrott**

Thesen I:

- I. Schulden sind unsozial!
- II. Übermäßige Verschuldung führt in den Staatsbankrott
- III. Schuldenbremse ist notwendig**

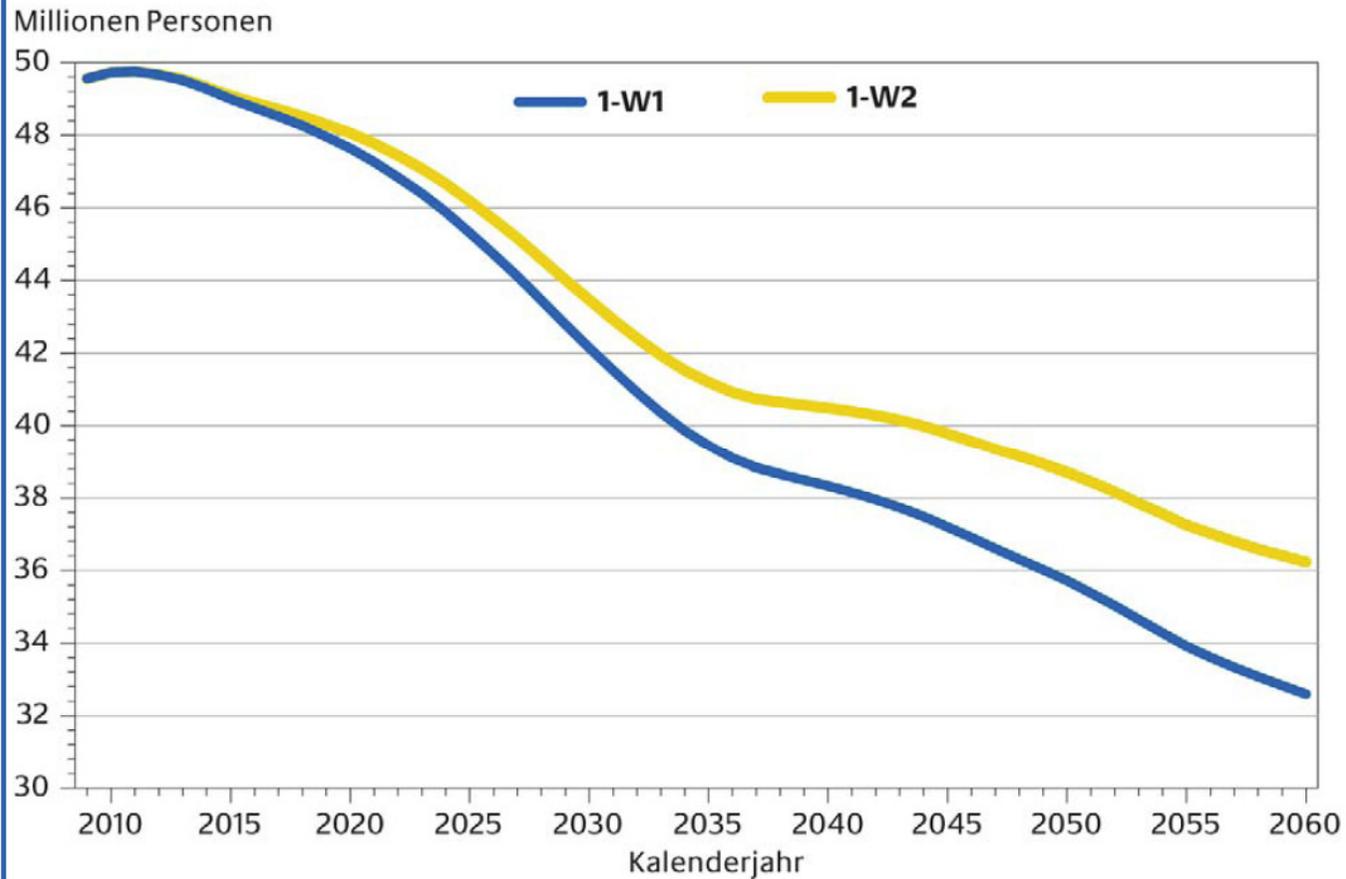
Abbildung 13: Entwicklung der Bevölkerungszahl in Deutschland, 1950–2060 (in Millionen)



1950 bis 1989 Früheres Bundesgebiet und DDR insgesamt, ab 1990 Deutschland, ab 2009 Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

Quelle: Statistisches Bundesamt, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Abbildung 16: Bevölkerung im Erwerbsalter von 20 bis unter 65 Jahren, 2009–2060 (in Millionen)



Quelle:
Demogra-
fiebericht
des BMI
2011

Quelle: Statistisches Bundesamt, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung,
Varianten: Untergrenze der mittleren Bevölkerung (1-W1),
Obergrenze der mittleren Bevölkerung (1-W2)

Bevölkerungsentwicklung in Niedersachsen

<i>Jahr</i>	<i>2009</i>	<i>2031</i>	<i>Veränderung</i> %
Gesamtbevölkerung	7.947.244	7.442.242	-6,4
Davon: bis 20 Jahre	1.626.297	1.240.606	-23,7
Anteil (%)	20,5	16,7	
20 bis 60 Jahre	4.269.903	3.426.040	-19,8
Anteil (%)	53,7	46,0	
über 60 Jahre	2.051.044	2.775.596	35,3
Anteil (%)	25,8	37,3	

Quelle: Daten des LSKN

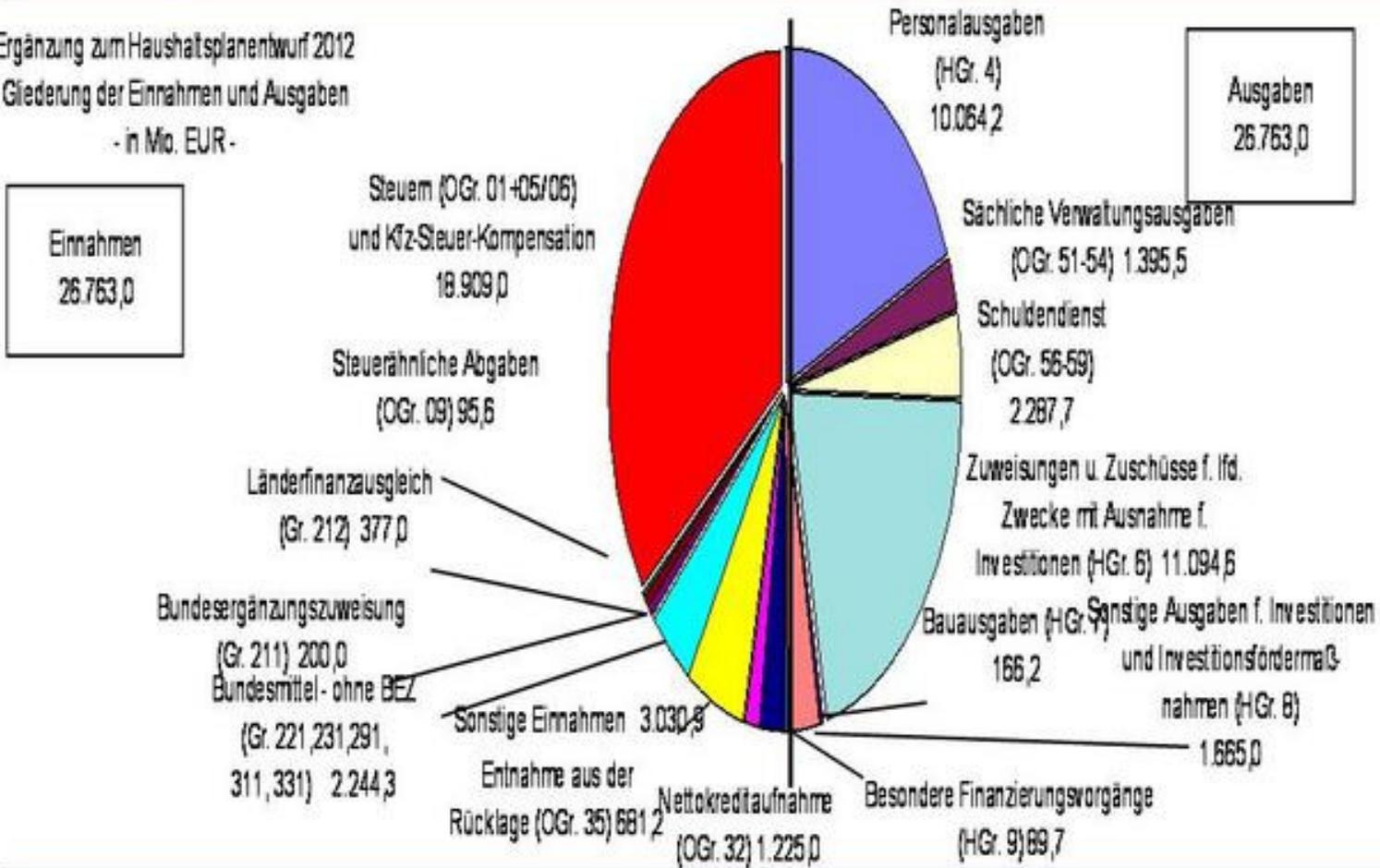
Thesen I:

- I. Schulden sind unsozial!
- II. Übermäßige Verschuldung führt in den Staatsbankrott
- III. Schuldenbremse ist notwendig
- IV. Demografische Herausforderungen müssen gemeistert werden**



Niedersächsisches Finanzministerium

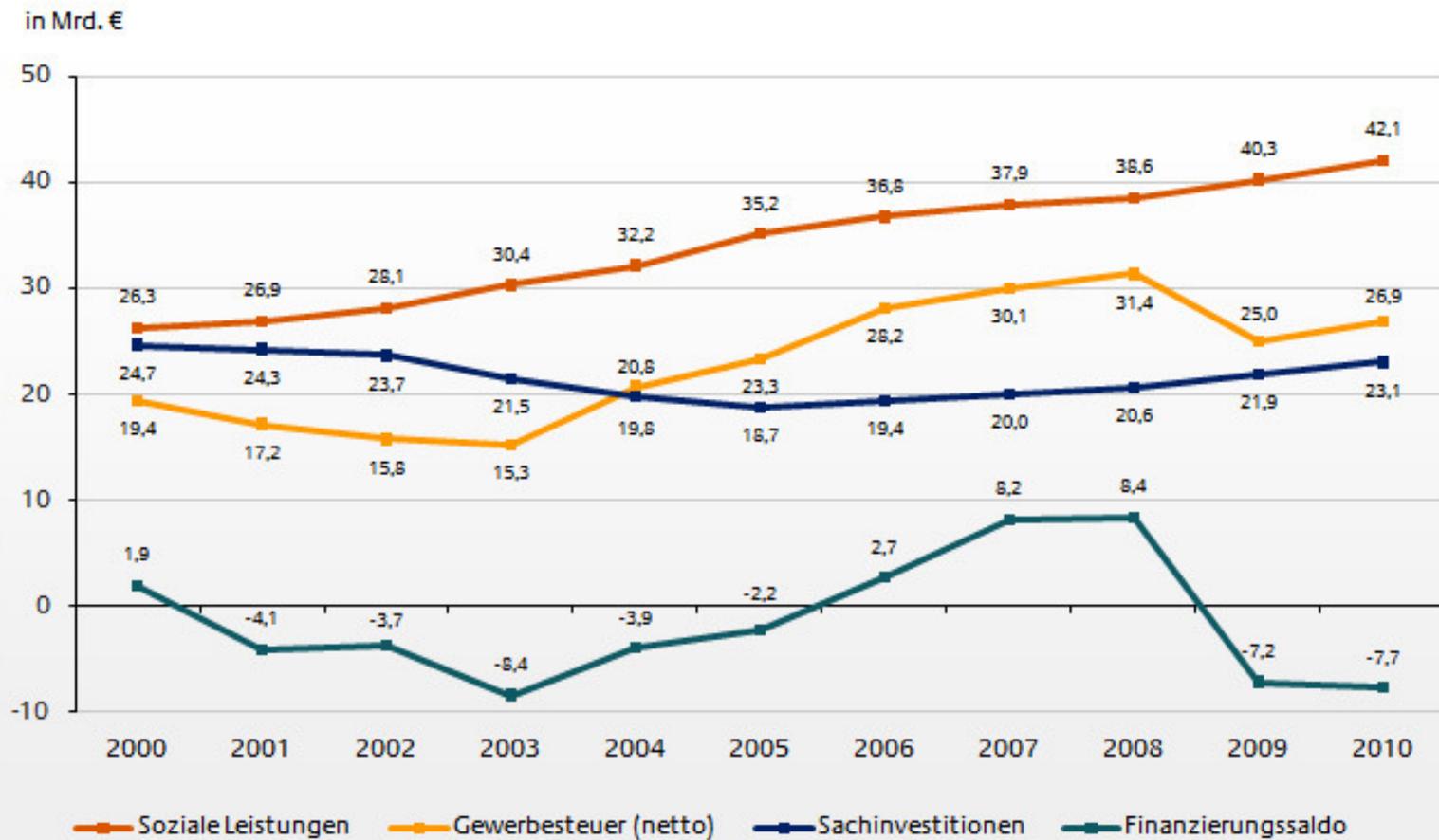
Ergänzung zum Haushaltsplanentwurf 2012
Gliederung der Einnahmen und Ausgaben
- in Mio. EUR -



Thesen II:

V. Länder benötigen Einnahmeautonomie

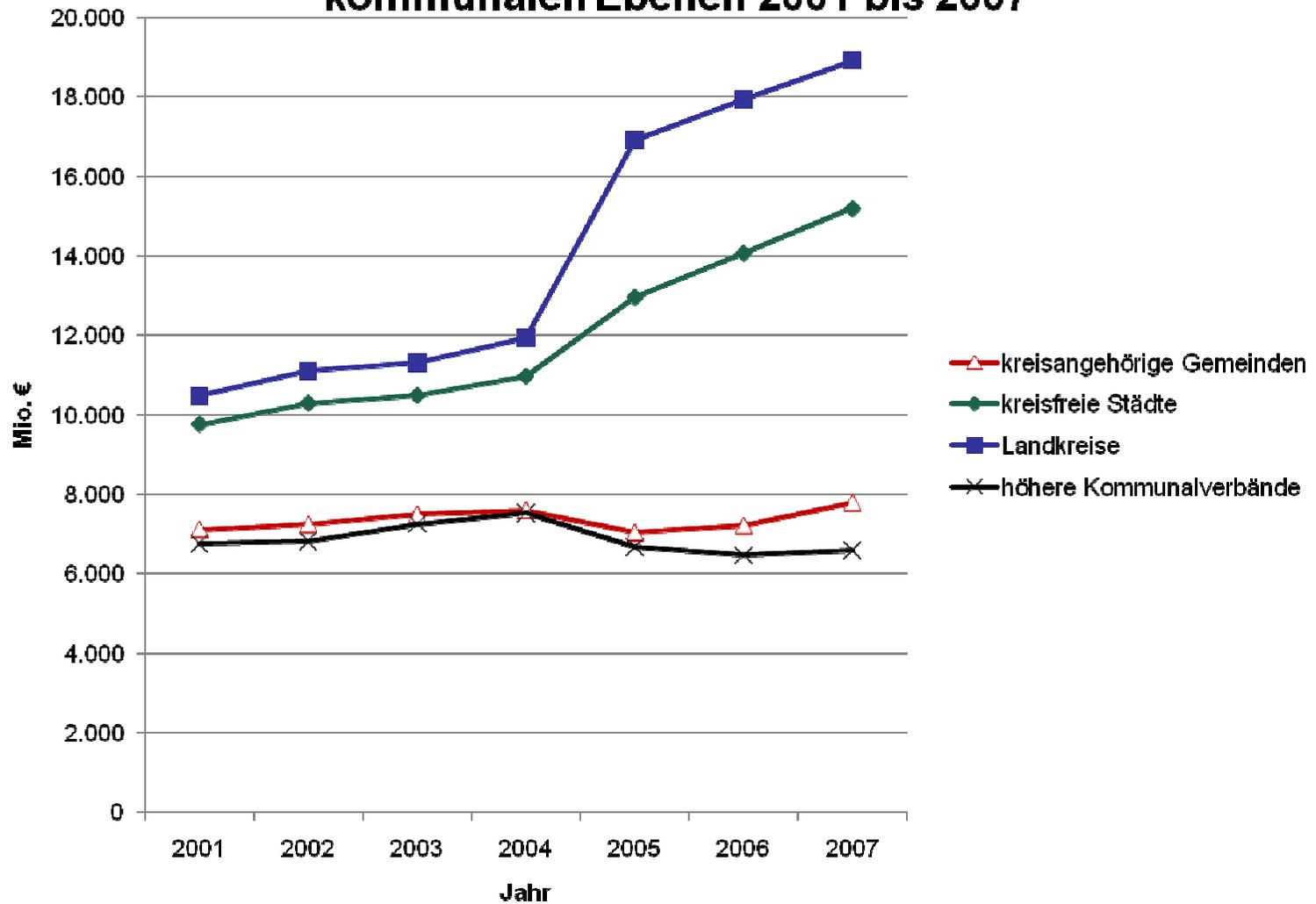
Abbildung 2: Entwicklung der Finanzierungssalden im Vergleich zur Entwicklung wichtiger Einnahme- und Ausgabearten der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt, ohne Stadtstaaten) der Jahre 2000 bis 2010 in Mrd. €



Quelle: Statistisches Bundesamt.

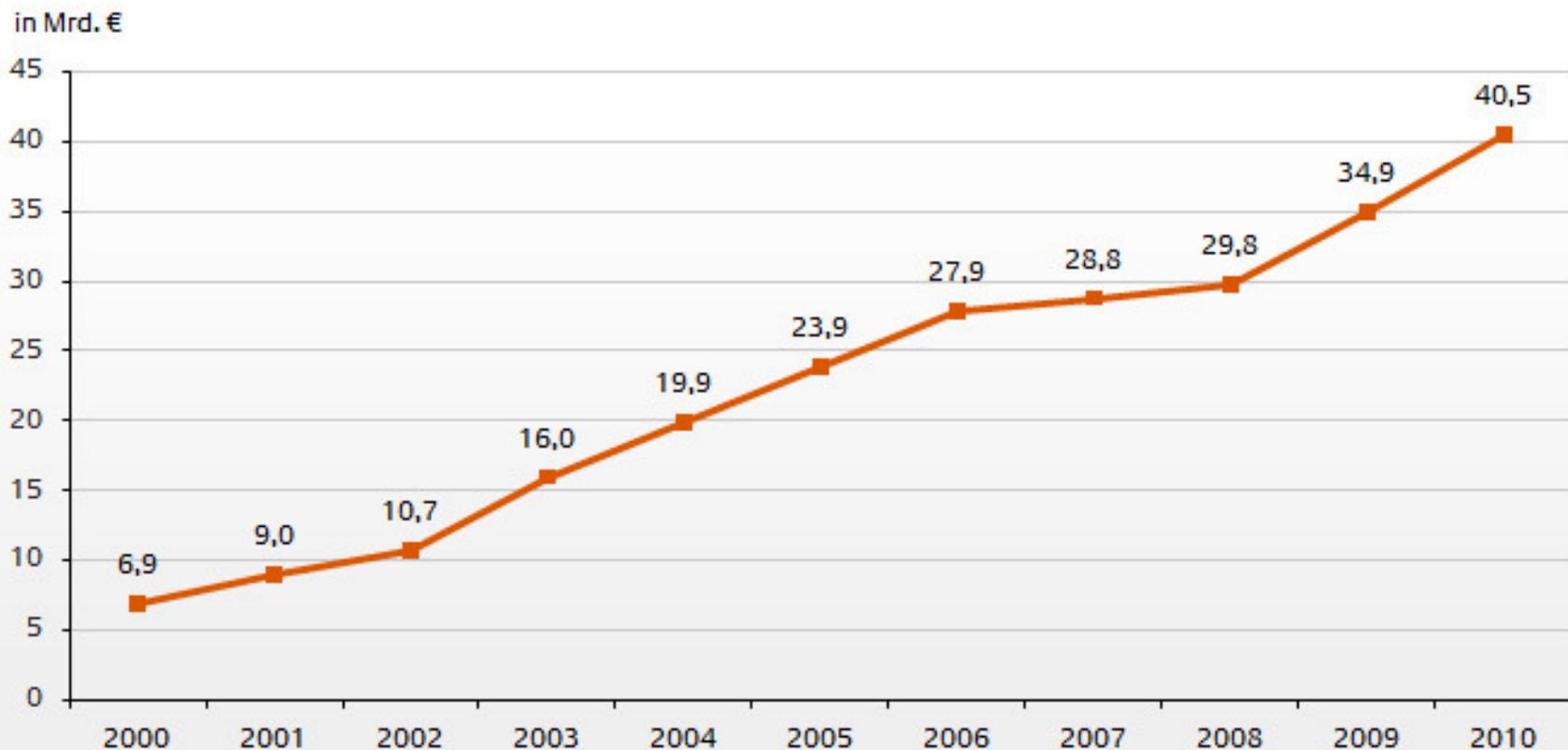
Quelle: BMF Monatsbericht August 2011: Gemeindefinanzkommission - Ausgangslage und Ergebnisse

Entwicklung der sozialen Ausgaben nach kommunalen Ebenen 2001 bis 2007



Quelle: Daten der Gemeindefinanzkommission

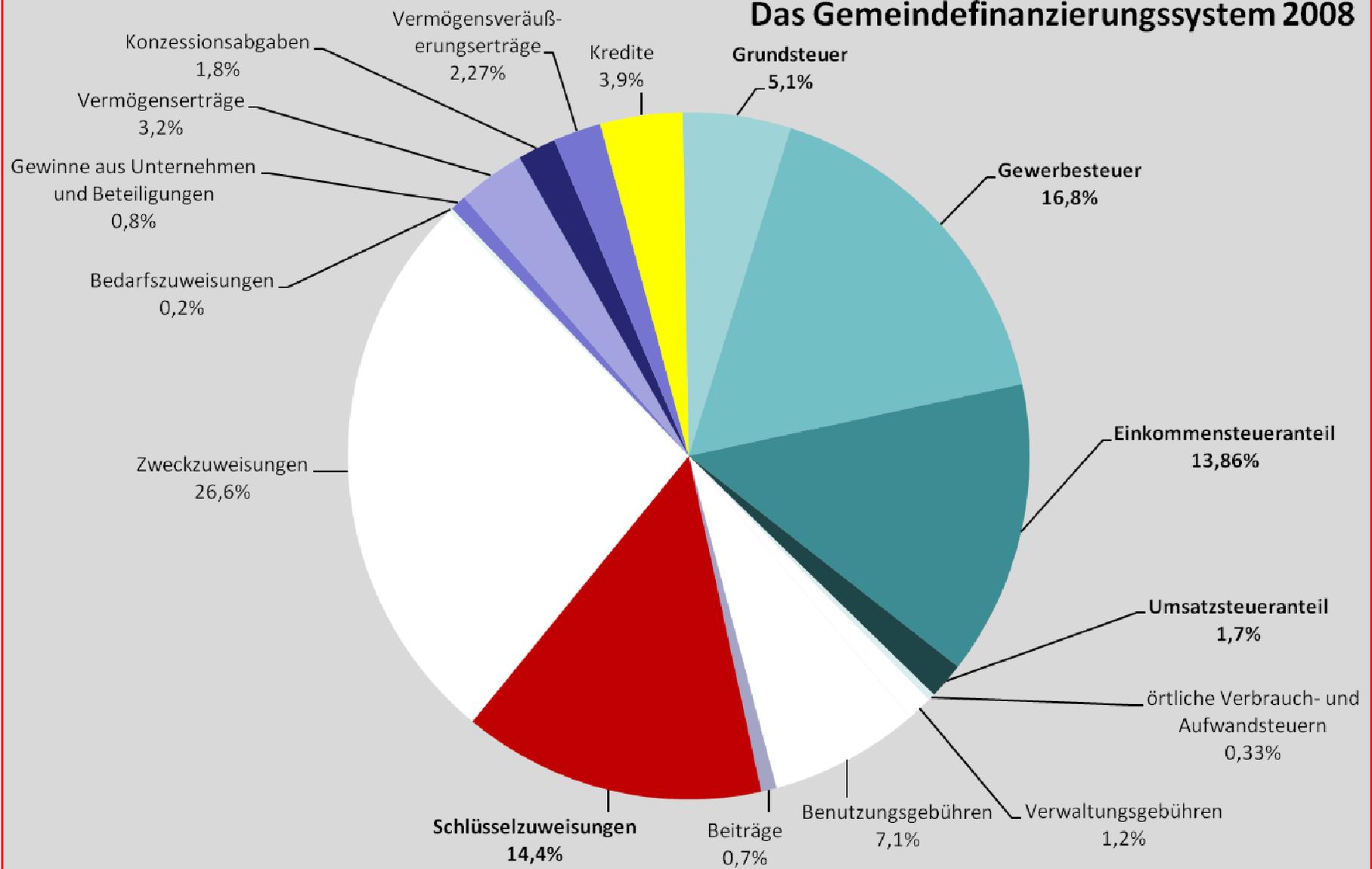
Abbildung 3: Kassenkredite der Gemeinden/Gemeindeverbände (insgesamt, ohne Stadtstaaten, Stand jeweils zum 31. Dezember) der Jahre 2000 bis 2010 in Mrd. €



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Quelle: BMF Monatsbericht August 2011: Gemeindefinanzkommission - Ausgangslage und Ergebnisse

Das Gemeindefinanzierungssystem 2008



Art. 109 Abs. 3 GG :

- Die **Haushalte** von **Bund** und **Ländern** sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen (Satz 1)
- Ohne (verfassungs-)rechtliche Fixierung gilt Art. 109 Abs. 3 GG (Schuldenbremse) ab 2020 für die Länder voll (ohne Ausnahmemöglichkeiten)
- Folgen für die kommunale Finanzausstattung und den kommunalen Finanzausgleich?
- Mangelnde Leistungsfähigkeit des Landes? Zulässigkeit von Kürzungen der Zuweisungen an die Kommunen?

Thesen II:

V. Länder benötigen Einnahmeautonomie

VI. Schuldenbremse darf nicht zu Lasten der Kommunen gehen

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit**